

Fragen

für die Fragestunde der 201. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 28. Januar 2009

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 21	Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 18
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 30	Scheel, Christine (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 25
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	16	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	7, 13
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	10, 11	Steenblock, Rainer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 15	Stokar von Neuforn, Silke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 28
Lazar, Monika (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	19	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	2, 3
Lenke, Ina (FDP)	29	Dr. Terpe, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 5
Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	22, 23	Ulrich, Alexander (DIE LINKE.)	8, 9
Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 27		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	8

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

1. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Position vertritt die Bundesregierung bezüglich des Bestrebens einiger osteuropäischer Staaten, alte Atomkraftwerke wieder in Betrieb zu nehmen, die sie infolge ihrer Beitrittsverträge zur Europäischen Union stilllegen mussten, und wie beabsichtigt die Bundesregierung, ihre Position bilateral gegenüber diesen Staaten sowie auf Ebene der Europäischen Union zu vertreten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

2. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)
Welchen aktuellen Stand haben die inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitungen der Errichtung eines Standortes des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) in Neuruppin (Landkreis Ostprignitz-Ruppin)?
3. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)
Mit welchem Ergebnis wurde im Rahmen der Vorbereitungen zur Errichtung eines Standortes des Bundesinstituts für Risikobewertung in Neuruppin (Landkreis Ostprignitz-Ruppin) die Option geprüft, das Institut für Epidemiologie des Friedrich-Loeffler-Instituts (FLI) vom Standort Wusterhausen (Landkreis Ostprignitz-Ruppin) nicht wie vorgesehen zur Insel Riems (Hansestadt Greifswald) sondern zum neuen Standort des BfR in Neuruppin zu verlagern, weil das Institut für Epidemiologie des FLI wie das BfR gesetzliche Aufgaben im Rahmen der Risikobewertung erfüllt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

4. Abgeordneter
Dr. Harald Terpe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wie will die Bundesregierung vor dem Hintergrund, dass weder im Wortlaut des § 16 Abs. 3a des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) noch in der dazugehörigen Gesetzesbegründung eine Formulierung zu den Vorsorgeuntersuchungen für Kinder enthalten ist, sicherstellen, dass die Krankenkassen tatsächlich die Vorsorgeuntersuchungen für Kinder übernehmen?

5. Abgeordneter
Dr. Harald Terpe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ruht nach Auffassung der Bundesregierung der Leistungsanspruch von insbesondere familienversicherten Kindern, wenn der Versicherte im Beitragsrückstand ist, und wenn ja, wie begründet die Bundesregierung ihre Auffassung angesichts der Tatsache, dass die Familienversicherung einen eigenständigen Leistungsanspruch der Familienversicherten begründet und bei ihnen die Voraussetzungen für ein Ruhen des Leistungsanspruchs gar nicht gegeben ist?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

6. Abgeordneter
Rainer Steenblock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie gestaltet sich der Fortgang der EU-Beobachtermission in Georgien, die inhaltliche wie auch zeitliche und strategische Ausrichtung des Mandats sowie die politische Situation vor Ort in Georgien und speziell in Südossetien?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

7. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Welche Internetangebote/Homepages von Bundesbehörden sind noch nicht barrierefrei, und bei welchen dieser Internetseiten ist die Schaffung der Barrierefreiheit im Jahr 2009 geplant?*)
8. Abgeordneter
Alexander Ulrich
(DIE LINKE.)
- Welche unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen hat das Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom 20. Januar 2009 in den verbundenen Rechtssachen C-350/06 und C-520/06 auf die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland?
9. Abgeordneter
Alexander Ulrich
(DIE LINKE.)
- Welcher Anpassungsbedarf ergibt sich aus dem EuGH-Urteil für die deutsche Gesetzgebung?

*) Siehe hierzu auch Frage 13.

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

10. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum wird – wie aus den Antworten der Bundesregierung auf die Kleinen Anfragen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Bundestagsdrucksachen 16/10577 und 16/11521 ersichtlich – Kostensteigerungen bei Bundesfernstraßenbauprojekten seitens der zuständigen Ministerien i. d. R. immer zugestimmt, oder welche Fälle von Nichtzustimmung zu Kostensteigerungen bei Bundesfernstraßenbauprojekten sind der Bundesregierung bekannt?
11. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist die Antwort der Bundesregierung „Die regelmäßige Analyse der Investitionsaufwendungen zeigt – bis auf die Steigerungen der Baukosten aufgrund der Baupreisentwicklungen – seit Jahren keine signifikanten Veränderungen der jeweils verausgabten Kosten.“ (Antwort auf Frage 18 auf Bundestagsdrucksache 16/10577) vor dem Hintergrund zu verstehen, dass beispielsweise allein bei 210 Bundesfernstraßenbauprojekten des aktuellen Bedarfsplans Kostensteigerungen von über 15 Prozent (in der Summe entspricht das 4 558 Mio. Euro) und bei 18 Bundesfernstraßenbauprojekten des aktuellen Bedarfsplans Kostensteigerungen von mindestens 100 Prozent aufgetreten sind (in der Summe entspricht das 395 Mio. Euro), und warum wurde nicht einmal beim „Ausreißer“ hinsichtlich der relativen Kostenüberschreitung (Bundesautobahn 66, Fulda-Süd-Autobahndreieck Fulda, Kostenüberschreitung von 720 Prozent) eingeschritten?
12. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Weise und ggf. mit welchem Ergebnis bemüht sich die Bundesregierung als Anteilseigner der Deutschen Bahn AG um eine lückenlose Aufklärung der „Spitzel-Affäre bei der Bahn“ (stern, Nr. 5 vom 22. Januar 2009), wonach massiv gegen Bestimmungen des Datenschutzgesetzes verstoßen worden sei, indem der Konzern die Adressen, Kontodaten und Telefonnummern von 774 Mitarbeitern und 500 Ehepartnern an die auch in den Telekom-Skandal verwickelte Detektei Network Deutschland GmbH zur Ausforschung weitergegeben haben soll?

13. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Welche Gebäude von Bundesbehörden sind noch nicht barrierefrei, und bei welchen dieser Gebäude ist die Schaffung der Barrierefreiheit im Jahr 2009 geplant?*)

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

14. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, inwiefern der ehemalige Betreiber der Schachanlage Asse II (Gesellschaft für Strahlenforschung, später GSF-Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit, dann Helmholtz Zentrum München – Deutsches Forschungszentrum für Gesundheit und Umwelt) ausreichende Maßnahmen für den Gesundheitsschutz des in der Asse II tätigen Personals getroffen hat, und welche Aufzeichnungen existieren zu den Radioaktivitätswerten, die die vom Asse-II-Personal getragenen Dosimeter maßen?
15. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Informationen zu den fraglichen Sonderverpackungen, die sich in Kammer 4 auf der 750-m-Sohle des Bergwerks Asse II befinden sollen, finden sich in der Asse-II-Dokumentation, und welche technischen Möglichkeiten existieren, durch Messungen Erkenntnisse über den Inhalt dieser Behälter zu gewinnen (beispielsweise über Sonden et cetera)?
16. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche heute existierenden Unternehmen sind Rechtsnachfolger der kommerziellen Unternehmen, deren Atommüll in der Schachanlage Asse II eingelagert wurde, und wer sind die Rechtsnachfolger der privatrechtlichen Gesellschaften, die die Wiederaufbereitungsanlage auf dem Gelände des Forschungszentrums Karlsruhe gebaut und betrieben haben?
17. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Weshalb sind für die anlagenbezogene Forschung und Entwicklung in der Asse II in der Vergangenheit keine Gebühren nach § 21b des Atomgesetzes beziehungsweise der entsprechenden Endlagervorausleistungsverordnung erhoben worden, und mit

*) Siehe hierzu auch Frage 7.

gegebenenfalls welcher Begründung hält die Bundesregierung den Antrag zur Freistellung (Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages – Ausschussdrucksache 16(16)561, zweiter Änderungspunkt) der Atomindustrie von Kostenbelastungen für den Weiterbetrieb und die Stilllegung der Schachanlage Asse II für erforderlich?

18. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Würde die von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD beantragte Freistellung (Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit – Ausschussdrucksache 16(16)561, zweiter Änderungspunkt) der Atomindustrie von Gebührenzahlungen nach § 21b des Atomgesetzes beziehungsweise der entsprechenden Endlagervorausleistungsverordnung im Fall der Schachanlage Asse II eine Zustimmung des Bundesrates erfordern, und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

19. Abgeordnete
Monika Lazar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Haushaltstiteln welcher Etats könnte eine am 21. Januar 2009 erstmals im Innenausschuss des Deutschen Bundestags diskutierte Überbrückungsfinanzierung für das Nazi-Aussteigerprojekt „EXIT-Deutschland“ gezahlt werden?
20. Abgeordnete
Silke Stokar von Neuforn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sieht die Bundesregierung, angesichts der sich häufenden Datenschutzskandale bei privaten Stellen (zuletzt bei der Deutschen Bahn AG), über die bisher bekannten Vorschläge zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes (u. a. Verschärfung der Bußgeldvorschriften) hinaus, nicht die Notwendigkeit, auch für die Betroffenen selbst zivilrechtliche Ansprüche (wie beispielsweise Schadenersatz für erlittene immaterielle Schäden durch die Verletzung ihrer Persönlichkeitsrechte) einzuführen?
21. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Appelle zur Aufnahme unschuldiger Gefangener aus dem Gefangenenlager Guantánamo – u. a. durch den UN-Sonderberichterstatter über Folter – die Auffassung des Bundesministers des Innern, für die Schließung des Gefangenenlagers Guantánamo

und eine Aufnahme dieser unschuldigen Gefangenen seien allein die USA verantwortlich, und wie begründet sie ihre Haltung insbesondere vor dem Hintergrund der vom neuen US-Präsidenten angestrebten engeren Zusammenarbeit?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

22. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)
- Wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache, dass die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag immer wieder von neuen „faulen“ Krediten durch Bankvorstände überrascht werden, und gibt es eine Pflicht der Bankenvorstände, „faule“ Kredite der Bankenaufsicht zu melden?
23. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen hat es für Bankvorstände, wenn sie „faule“ Kredite nicht bei der Bankenaufsicht melden, und wann wird die Bundesregierung das zuständige Gremium des Deutschen Bundestages über die Gesamtheit der „faulen“ Kredite in deutschen Banken informieren?
24. Abgeordnete
Christine Scheel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung eine Lösung für die sog. toxischen Wertpapiere in den Bankbilanzen, bei der der Staat die Wertpapiere im Tausch gegen Ausgleichsforderungen in Höhe des Wertes zum Bilanzstichtag übernimmt, und wie soll diese Lösung konkret aussehen (vgl. Handelsblatt vom 22. Januar 2009)?
25. Abgeordnete
Christine Scheel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Vorteile verspricht sich die Bundesregierung von der Gründung solch einer Zweckgesellschaft (Bad Bank light) im Verhältnis zu der Übernahme von sog. intelligenten Staatsbeteiligungen an den jeweiligen Banken, um die anstehenden Marktvereinbarungen im Welfinanzmarkt zu organisieren und abzusichern, und welcher finanzielle Höchststrahmen insgesamt und pro Institut ist vorgesehen?

26. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bis zu welchem Zeitpunkt rechnet die Bundesregierung mit dem Abschluss der Rückzahlung der Eigenkapitalhilfen (stille Einlage und direkte Beteiligung) des Bundes durch die Commerzbank AG (bestenfalls und spätestens)?
27. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Zu welchem Zeitpunkt plant die Bundesregierung welche gesetzlichen Maßnahmen zur Tilgung der durch die Konjunkturpakete I und II verursachten Schulden?
28. Abgeordnete
Silke Stokar von Neuforn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist es nach Auffassung der Bundesregierung ein angemessener Beitrag zur Wiederherstellung des öffentlichen Vertrauens in die staatliche Finanzaufsicht, wenn der Bundesrat auf Initiative der schwarz-gelben Koalition in Bayern in seiner Stellungnahme zum Entwurf eines Zahlungsdienstleistungsgesetzes (Bundestagsdrucksache 16/11613) eine Informationssperre für den Bereich der Finanz-, Wertpapier- und Versicherungsaufsicht verlangt, während andererseits der neue US-Präsident Barack Obama angeordnet hat, die Regelungen zur Informationsfreiheit künftig großzügig anzuwenden und Regierungsdokumente nur noch „aus wichtigen Gründen“ unter Verschluss zu halten (vgl. DER STANDARD vom 22. Januar 2009)?
29. Abgeordnete
Ina Lenke
(FDP)
- Wie viele Klagen sind hinsichtlich der vollen Absetzbarkeit der Betreuungskosten bei der Lohn- und Einkommensteuer bundesweit anhängig, vor dem Hintergrund, dass seit 1. Januar 2006 von Familien mit berufstätigen Eltern nur zwei Drittel der Kosten (maximal 4 000 Euro im Jahr) bei der Lohn- und Einkommensteuer geltend gemacht werden können (bitte nach Bundesländern sortieren)?
30. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Position vertritt die EU-Kommission in Bezug auf den Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Änderung der Förderung von Biokraftstoffen, und ist es das Ziel der Bundesregierung, die steuerliche Unterkompensation reiner Biokraftstoffe durch fortgesetzte Steuererhöhungen weiter zu erhöhen?

